Kernforderungen zum Stahlgipfel

WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

1. Außenhandelsschutz & CBAM:

- Wir erwarten, dass die Bundesregierung den aktuellen Vorschlag der EU-Kommission für ein neues handelspolitisches Instrument im Stahlbereich unterstützen und sich in Brüssel für dessen zeitnahe Einführung möglichst im ersten Quartal 2026 einsetzen wird. Dies ist notwendig, um die Stahlindustrie in Deutschland und der EU vor den gravierenden Auswirkungen der global existierenden Überkapazitäten zu schützen.
- Damit der CO_2-Grenzausgleich (CBAM) wirksam gegen Carbon Leakage schützt, müssen die bestehenden Lücken geschlossen werden. Es braucht eine Einbeziehung von Exporten, eine Ausweitung des CBAM-Schutzes auf nachgelagerte stahlintensive Produkte und wirksame Maßnahmen gegen Umgehungsstrategien (z.B. Ressource Shuffling), insbesondere durch die Einführung verpflichtender Länder-Standardwerte. Die Bundesregierung sollte sich bei der EU-Kommission und im Rat dafür einsetzen, dass hierfür tragfähige Lösungen bis spätestens zum 1. Januar 2026 vorliegen. Sollte dies bis dahin nicht der Fall sein, muss sich die Bundesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag für einen Erhalt der Freizuteilungen einsetzen, bis ein funktionierender CBAM-Mechanismus in Kraft ist.

2. Strompreise & Energiefrage:

- Das durch den staatlichen Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten ab 2026 erreichte Netzentgeltniveau muss für die Folgejahre beibehalten und verlässlich abgesichert werden – um Planungssicherheit für die Industrie zu schaffen.
- Die Bundesregierung muss sich zudem in Brüssel dafür stark machen, die Strompreiskompensation für die Zukunft auf einem wettbewerbsfähigen Niveau abzusichern. Dies, indem die Beihilfeintensität der Strompreiskompensation angehoben und die Stromverbrauchsbenchmarks nicht weiter abgesenkt werden.
- Für die meist mittelständisch geprägten Elektrostahlwerke muss im Zusammenhang mit der neuen Benchmark-Systematik eine Lösung gefunden werden, mit der durch die Strompreiskompensation der volle Carbon Leakage-Schutz bei den indirekten Emissionen erhalten bleibt.
- Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung auch dafür einsetzt, dass für stromintensive Industrien der Industriestrompreis und die Strompreiskompensation kumulativ angewendet werden können.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlstandorte zu sichern, muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für einen langfristig planbaren Strompreis von 3 bis 6 Cent/kWh – einschließlich Netzentgelte und aller Abgaben und Umlagen – schaffen.
- Um den Hochlauf zu bezahlbarem Wasserstoff schnell voranzubringen, muss die deutsche und europäische Wasserstoffinfrastruktur zügig ausgebaut und Instrumente zur staatlichen Risiko-Absicherung für den industriellen Wasserstoffbezug geschaffen werden.

3. Resilienz (Verteidigung & EU Präferenz):

- Im nationalen Vergabebeschleunigungsgesetz sollten EU-Präferenzregelungen und Nachhaltigkeitskriterien verankert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Grundstoffindustrie zu stärken, dadurch die strategische Resilienz zu steigern und zugleich einen Beitrag zur Nachhaltigkeit Deutschlands zu leisten.
- Die Bundesregierung sollte sich auch in Brüssel aktiv für entsprechende Regelungen bei der Revision des Europäischen Vergaberechts einsetzen, mit dem Ziel der Stärkung des EU-Binnenmarktes sowie der Ausrichtung auf die europäische Resilienz.
- Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, dass der Einsatz CO_2-reduzierten Stahls in Autos als Minderungsgutschriften auf CO_2-Flottengrenzwerte angerechnet werden kann, um Anreize zur Nutzung emissionsreduzierter Grundstoffe zu schaffen. Auch die Förderung der Elektromobilität sollte mit dem Einsatz von emissionsarmem Stahl aus der EU verbunden werden.
- Auch für die Berücksichtigung von EU-Präferenzen sowie für den Einsatz branchenspezifischer Leitmarkt-Instrumente auf Basis eines zertifizierbaren Nachhaltigkeitslabels wie LESS (Low Emission Steel Standard) sollte sich die Bundesregierung einsetzen – um die Nachfrage nach zunehmend emissionsarmen Grundstoffen aus Deutschland und der EU sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Beschaffung anzureizen. Ein geeigneter Hebel ist die entsprechende Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz.

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8 | 10117 Berlin
+49 30 2325546-0 | info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

LinkedIn: www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl
YouTube: www.youtube.com/stahlonline